

Rede des Fraktionsvorsitzenden

Stefan Politze, MdL

zu TOP Nr. 19

**Haushaltsberatungen 2026 - Allgemeinpolitische
Debatte**

während der Plenarsitzung vom 16.12.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Lechner: Ich hatte eigentlich von Ihnen erwartet, dass Sie etwas Sinnvolles zum Haushalt 2026 beitragen – stattdessen haben Sie uns hier eine Büttenrede präsentiert. Das zeigt einmal mehr, dass Sie nicht in der Lage sind, die Realität zu erfassen und eine adäquate Antwort zu geben.

Sie setzen damit den Stil fort, den Sie schon in Ihrer Pressemitteilung vor knapp zwei Wochen angefangen haben. Kaum zu glauben, aber wahr: Dort wird unserer Landesregierung und den Koalitionsfraktionen unterstellt, sie würden Gelder horten.

Meine Damen und Herren, angesichts eines Rekordhaushalts von rund 48 Milliarden Euro mit vielen wichtigen Zukunftsinvestitionen ist diese Behauptung geradezu absurd!

Aber es geht ja noch weiter: Die CDU entdeckt plötzlich nach all den Jahren ihr Verständnis für die Kommunen.

Nichts für Ungut, aber es waren in der Vergangenheit immer wieder prominente Stimmen aus der CDU, die Vorschläge gemacht haben, wie man den Kommunen sprichwörtlich den finanziellen Boden unter den Füßen wegzieht.

Man braucht sich nur mal an die 2000er und 2010er Jahre zurückzuerinnern: Da hieß es immer wieder aus Ihren Reihen, Herr Lechner, man solle doch die Gewerbesteuer abschaffen. Damit hätte man viele Kommunen über Nacht handlungsunfähig gemacht, aber das scheinen Sie heute vollkommen auszublenden.

Nicht nur das – Sie bezeichnen sich heute selbst im Zuge der Haushaltsberatungen indirekt auch noch als „Schutzpatron“ der Kommunen. Lassen Sie solche Überhöhungen einfach sein und bleiben Sie bei der Sache, meine Damen und Herren der CDU! Das täte der Diskussion gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Niedersachsen kann Zukunft. Doch nicht nur das: Niedersachsen macht auch Zukunft. Das ist die Kernbotschaft, die wir am heutigen Tag senden. Und wir senden sie mit Recht.

Wie verantwortungsvoll wir Politik für die Zukunft machen, haben wir gerade im letzten Jahr erst wieder gezeigt, indem wir dafür sorgt haben, dass tausende Arbeitsplätze bei der Meyer Werft erhalten bleiben. Überall in der Bundesrepublik werden Industriearbeitsplätze abgebaut, aber wir haben sie in der Meyer Werft bewahrt. Und nun zahlt sich diese Rettung aus: Der von unserem Ministerpräsidenten Olaf Lies verkündete milliardenschwere Auftrag für die Werft sorgt für Sicherheit und gute Arbeit.

So macht man zuverlässige und ganzheitliche Wirtschaftspolitik für Niedersachsens Zukunft, meine Damen und Herren!

Damit diese Zukunft auch weiterhin gelingt, haben wir darüber hinaus die richtigen Maßnahmen im Haushalt 2026 verankert – von den Einzelplänen der Ministerien bis zur politischen Liste.

Meine Damen und Herren, wie bereits erwähnt: Der Haushaltsentwurf der Landesregierung von SPD und Grünen hat ein Rekordvolumen von rund 48 Milliarden Euro. Hinzu kommen nochmal 93,5 Millionen Euro über die politische Liste. Allein diese Zahlen zeigen mehr als deutlich, dass wir Verantwortung übernehmen und dass wir in unser Land, vor allem aber in seine Menschen investieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Genau deswegen liegt unser Fokus hierbei auf dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir alle spüren, dass in den letzten Jahren einiges ins Rutschen gekommen ist. Viele Menschen sind verunsichert, machen sich Sorgen um ihre Zukunft oder die Zukunft ihrer Kinder. Die Vielzahl unterschiedlicher Krisen hat ihr Übriges dazu beigetragen.

Dabei sage ich jedoch ganz selbstbewusst: Wir haben Krisen gemeistert, und wir werden auch weiterhin Krisen meistern, wenn sie kommen.

Entscheidend ist allerdings, dass wir heute unsere Gemeinschaft stärken – auch um sie krisenfester, vor allem aber gerechter zu machen. Um das zu schaffen, nehmen wir den sozialen Kitt der Gesellschaft in den Fokus: das Ehrenamt.

In Niedersachsen engagieren sich über 3,2 Millionen Menschen ehrenamtlich, ob im Sportverein, der Feuerwehr oder in der Hilfe für Geflüchtete. Das Ehrenamt ist vielfältig und es sorgt dafür, dass wir alle gut zusammenleben können. Deshalb haben wir eine Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen in Millionenhöhe mit dem Haushalt und der politischen Liste vorgeschlagen; vom Programm „Stärkung von Ehrenamt und Engagement“ in der Staatskanzlei über das Programm „Mikro-Förderungen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements“ im Innenministerium, den Feuerwehren und das Ehrenamts- und Wasserrettungspaket bis hin zu Kulturinitiativen. Wir wissen um den großen Wert dieses Engagements, und er ist für uns nicht wegzudenken.

Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört aber auch, dass wir die junge Generation, unsere Kinder und Enkelkinder, nicht vergessen.

Immer wieder müssen wir lesen, dass etwa die Hälfte aller Kinder nach dem Absolvieren der Grundschule nicht sicher schwimmen kann. Das muss uns alle

aufhorchen lassen. Häufig mangelt es dabei an Wasserflächen in Form von Lehrschwimmbecken, in denen die Kinder trainieren und ihre Schwimmprüfungen ablegen können.

Genau deswegen haben wir im Rahmen der politischen Liste die Fortsetzung des Sportstättenförderprogramms mit zusätzlichen 15 Millionen Euro eingebracht, um den Bau von Lehrschwimmbecken zu fördern. Wir wollen, dass unsere Kinder schwimmen lernen und dafür schaffen wir hier die Rahmenbedingungen, meine Damen und Herren.

Wenn es um unsere Jüngsten geht, dann ist darüber hinaus für uns als SPD und Grüne in diesem Haushalt besonders das Thema Kinderschutz wichtig. Ein handlungsfähiger Rechtsstaat stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Gerade heute ist sehr wichtig, dass wir das unseren Kindern vermitteln, denn sie sind unsere Zukunft, die Zukunft unseres Landes.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass sie sich auf diesen Staat verlassen können. Wir wollen für sie eine gesunde Entwicklung in allen Lebensbereichen fördern. Darum haben wir im Rahmen der politischen Liste 1 Million Euro zusätzlich für Maßnahmen des Kinder- und Jugendschutzes eingebracht.

Mit diesen Maßnahmen machen wir genau jetzt einen großen Schritt hin zu einer umfassenden Kinderschutzstrategie, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Genauso, wie sich unsere Kinder auf die Demokratie und den Rechtsstaat verlassen können sollen, müssen wir auch unsere Demokratie insgesamt widerstandsfähig machen.

Willy Brandt sprach in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 davon, dass wir „mehr Demokratie wagen“ wollen. In der heutigen Zeit müssen wir alles daran setzen, den Wert unserer Demokratie zurück ins Bewusstsein zu rücken. Sie ist mehr als nur eine Staatsform – sie ist ein Versprechen, dass jede und jeder gehört wird, aber auch die Aufgabe, dass Menschen sich aktiv einbringen. Deshalb haben wir im Rahmen der politischen Liste ein Aktionsprogramm „Demokratiebildung“ für unsere Bildungseinrichtungen eingebracht, das mit 3 Millionen Euro etatisiert ist.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zählen zu den größten Errungenschaften überhaupt. Das in den Fokus zu rücken, ist am Ende des Tages unser aller gemeinsame Aufgabe, meine Damen und Herren.

Und dann schauen wir doch mal auf eine der dringlichsten sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts, nämlich die des bezahlbaren Wohnraums. Der angespannte Wohnungsmarkt, in Teilen auch eine echte Wohnungsnot, sorgt dafür, dass

Mietpreise steigen und dass in der Folge teilweise Menschen aus ihren Quartieren verdrängt werden, weil sie sie sich schlicht und einfach nicht mehr leisten können.

Klar ist: Der Wohnungsmarkt ist – wie der Name schon sagt – ein Markt, der sich nach Angebot und Nachfrage richtet. Insofern müssen wir Wohnungen bauen und in die Vermietung oder den Verkauf bringen, um das momentane Ungleichgewicht zu beenden.

Diese Wohnungen müssen aber bezahlbar sein, sodass die Menschen sie sich leisten können. Zur Wahrheit gehört: Faktisch schaffen wir in der Bundesrepublik insgesamt momentan nicht das, was wir dringend brauchen. Das hängt natürlich unter anderem mit der baukonjunkturrellen Lage, besonders mit den hohen Preisen für Materialien, zusammen, aber: Damit es eben nicht zu einer Verdrängung kommt, gibt es das Instrument der Mietpreisbindungen. Und dieses Instrument wird vorwiegend von öffentlichen, das heißt kommunalen Wohnungsunternehmen oder auch der WohnRaum GmbH als neuer Landeswohnungsgesellschaft umgesetzt.

Und ausgerechnet diese Landeswohnungsgesellschaft, die Preise stabilisiert und einen sozialen Auftrag hat, sich um bezahlbare Wohnungen zu kümmern, die wollen Sie, Herr Lechner, mit Ihrem Haushaltvorschlag wieder abschaffen. Ich sage Ihnen ganz klar: Damit würden Sie das nächste soziale Desaster anrichten, nachdem Sie bereits vor 20 Jahren die NILEG abgewickelt haben.

Mit solchen Vorschlägen sind Sie als CDU nicht Wegbereiter einer lebenswerten Zukunft, sondern Motor der sozialen Spaltung und nichts anderes.

Aber selbst wenn man – wie Sie – keinen Wert auf geförderten Wohnungsbau legt, muss man doch zumindest einsehen, dass die WohnRaum GmbH ein zusätzlicher Player auf dem Markt ist, der Aufträge auslöst und damit die Entwicklung vorantreibt. Dass Sie auch das völlig außer Acht lassen, zeigt nur, dass Sie sich entweder in der Wohnungspolitik überhaupt nicht auskennen oder aber, dass Sie Ihre Haushaltvorschläge mit der heißen Nadel gestrickt haben, ohne an die Konsequenzen zu denken. Beides ist gleichermaßen beschämend, Herr Kollege Lechner!

Der Weg, den wir als SPD gemeinsam mit den Grünen mit diesem Haushalt eingeschlagen haben, ist deutlich besser: Er ist zukunftsicher, er ist zeitgemäßer und vor allem ist er sozialer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben allein mit dem Programm „Niedersachsen kann Zukunft“ zusätzlich 200 Millionen Euro für die Landeswohnungsgesellschaft und weitere 200 Millionen Euro für die Wohnraumförderung auf den Weg gebracht: Das ist die richtige Antwort.

Darüber hinaus haben wir mit zwei Reformen der Niedersächsischen Bauordnung 2024 und 2025 für Erleichterungen und am Ende auch Kostensenkungen gesorgt.

So macht man kluge Baupolitik, meine Damen und Herren: Ganzheitlich betrachten und die richtigen Maßnahmen ergreifen.

Entscheidend für die Entwicklung in Niedersachsen ist nicht nur der Wohnungsbau. Entscheidend ist auch die Instandhaltung unserer Infrastruktur und zwar für alle Verkehrsträger.

Deshalb haben wir mit der politischen Liste 10 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, um die Verwaltungskostenpauschale für die Unternehmen des Öffentlichen Personennahverkehrs anzuheben – und zwar sehr deutlich von 1,35 auf 2,59 Euro pro Einwohner. Dadurch stellen wir den ÖPNV insgesamt auf stabilere Füße und sorgen dafür, dass wichtige Buslinien nicht durch mangelnde Wirtschaftlichkeit abgeschafft werden. Es ist für uns von großer Bedeutung, dass auch im ländlichen Raum eine gerechte Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln stattfindet. Der ÖPNV ist für uns ein Teil der Daseinsvorsorge.

Wo sind eigentlich Ihre Vorschläge zur Stabilisierung des ÖPNV, Herr Lechner? Für Sie scheint das alles überhaupt keine Rolle zu spielen.

Wir sorgen übrigens auch dafür, dass kleinere Instandhaltungsmaßnahmen bei der Infrastruktur zuverlässig stattfinden können, indem wir den Landesstraßenmeistereien mit 2 Millionen Euro zusätzlich unter die Arme greifen. Nicht nur die großen Sanierungs- und Neubaumaßnahmen werden von uns vorangebracht, sondern auch der Reparaturbetrieb aufrechterhalten und unterstützt. Wir stellen unsere Infrastruktur zukunftssicher auf.

Und dann kommen wir doch nochmal zu unseren selbsternannten Schutzpatronen der CDU: Da müssen Sie jetzt durch, Herr Lechner. Denn wenn man sich selbst den direkten Draht zum lieben Gott attestiert, fällt es einem augenscheinlich immer schwerer, irdische Herausforderungen zu meistern.

Es geht um die Kommunen. Ja, es geht um das Leben vor Ort. Und ich sage gleich vorweg: Es gibt kaum eine Landesregierung, die so viel für die Kommunen auf den Weg bringt wie unsere. Und wenn Sie sich mal ansehen, wie es in anderen Bundesländern aussieht und wie es dort um die finanzielle Lage der Kommunen steht, werden Sie feststellen, dass das objektiv richtig ist.

Allein mit diesem Haushalt stellen wir etwa 14,5 Milliarden Euro an Investitionsmitteln bereit, die in den Kommunen wirksam werden. 14,5 Milliarden – nur mit diesem Haushalt. Das muss man sich mal klarmachen, was das bedeutet. Und unsere

Landesregierung hat bereits zugesagt, dass die Kommunen vom Sondervermögen des Bundes pauschal 4,7 Milliarden Euro zugewiesen bekommen. Das bedeutet, das Geld wird ohne Zweckbindung direkt an die Kommunen weitergegeben.

Damit ist es möglich, die Schule zu sanieren, die Kita zu bauen, das Schwimmbad zu ertüchtigen, den Kulturtreff zu sichern und vieles, vieles mehr.

Die weiteren Mittel werden ebenfalls in den Kommunen wirksam: 500 Millionen Euro zur Stärkung des ÖPNV, insbesondere im ländlichen Raum, 500 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von Landesstraßen und Brücken aus dem Bundes-Sondervermögen, 175 Millionen Euro für die Hafeninfrastruktur über NPorts, Tablet-Ausstattung für alle Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 7 ab dem Schuljahr 2026/2027, einschließlich der berufsbildenden Schulen; insgesamt rund 800 Millionen Euro bis 2031, 305 Millionen Euro jährlich für Krankenhausinvestitionen ab 2026, 50 Millionen Euro für regionale Gesundheitszentren, um die medizinische Versorgung vor Ort zu stärken, 26,6 Millionen Euro zur Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierung, Investitionen in den Hochwasserschutz, Investitionen in die Sanierung von Landesliegenschaften – es ist eine sehr lange Liste, von der am Ende immer die Kommunen profitieren.

So schafft man die Basis für den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort, meine Damen und Herren! Doch damit nicht genug.

Wir sorgen außerdem für strukturelle finanzielle Entlastungen bei den Kommunen, indem wir eine ihrer Kernforderungen erfüllen, nämlich die Erhöhung des Kostendeckungsgrads bei den Kindertageseinrichtungen – bis zu 300 Millionen Euro zusätzlich werden hierfür jährlich bereitgestellt. Insgesamt stehen hierfür 1,75 Milliarden Euro bis 2031 zur Verfügung.

Wir investieren allein mit diesem Haushalt rund 2 Milliarden Euro in die frühkindliche Bildung. Das sind die richtigen Weichenstellungen und es ist eine gewaltige Entlastung für die Kommunen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Anders als Sie, Herr Lechner, überhöhen wir als SPD und Grüne die Debatte nicht durch unpassende Begrifflichkeiten, sondern wir tun etwas, das viel wichtiger ist als das: Wir stehen an der Seite der Kommunen, und das haben wir mit diesem Haushalt deutlich unter Beweis gestellt!

Beim Thema Innere Sicherheit starten wir mit diesem Haushalt eine Personaloffensive. Das heißt: 250 neue Stellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter, 65 zusätzliche Stellen im Verwaltungsbereich zur Entlastung der Polizei, und 25 neue Stellen für IT-Expertinnen und -Experten.

Darüber hinaus stärken wir Polizei und Justiz mit zusätzlichen 11 Millionen Euro jährlich für Sachkosten sowie 3,5 Millionen Euro zusätzlich in 2026 für die IT – 7,5 Millionen sind hierfür in der Mittelfrist vorgesehen.

Das sind die richtigen Maßnahmen für mehr Sicherheit!

Meine Damen und Herren, unser Kernziel ist die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das zeigen wir auch im Umgang mit unseren Studierenden.

Wir alle wissen, wie wichtig es ist, eine bezahlbare warme Mahlzeit an den Hochschulstandorten anzubieten. Deshalb haben wir uns entschlossen, über die Mittel der politischen Liste das Niedersachsenmenü an den Mensastandorten wiedereinzuführen. Das bedeutet, es wird ein gutes warmes Menü für 2,50 Euro geben – das ist eine wichtige Maßnahme, besonders für diejenigen, die mit sehr kleinem Geldbeutel unterwegs sind. Wir haben euch im Blick.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Thema der CDU treibt mich doch noch um: Sie haben in allen Einzelplänen eine pauschale Kürzung der Personalmittel vorgesehen und begründen das mit Bürokratieabbau. Ich muss schon sagen, das sagt sehr viel über Ihr Bild von Landesbediensteten aus. Wir finden das sehr befremdlich. Und wie Sie angesichts wachsender Herausforderungen und zusätzlicher Aufgaben gleichzeitig pauschale Kürzungen beim Personal vorsehen wollen, folgt eindeutig einer eigenen, für die Außenwelt nicht zu verstehenden Logik.

Besonders hart ist jedoch Ihr Einschnitt im Bereich Europa.

Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen. Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Bedrohung von rechts so stark ist wie lange nicht mehr. Wir befinden uns in einer Zeit, in der wir alle miteinander feststellen müssen, dass wir uns auf unsere Partner in den USA nicht oder nur noch schwer verlassen können. Unsere gemeinsame Antwort kann also nur Europa sein.

Und mitten in diese Gemengelage hinein schlagen Sie, meine Damen und Herren der CDU, vor, ausgerechnet die Europaministerin abzuschaffen. Mir fehlen fast die Worte über ein derartiges politisches Signal.

Unsere Antwort in der jetzigen Zeit kann doch nur sein: Wir brauchen mehr Zusammenhalt der europäischen Staaten, wir brauchen engere Abstimmungen in der EU, wir brauchen mehr Europa. Und deshalb müssen wir der Europaministerin als Parlament, als diejenigen, die den Haushalt beschließen, mehr an die Hand geben und sie nicht infrage stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch die Antwort für unsere Zukunft.

Genau deshalb haben wir über die politische Liste für das europäische Austausch- und Partnerschaftsprogramm 1 Million Euro zusätzlich bereitgestellt, weil wir wissen, wie wichtig die internationale Kooperation in Europa ist.

Sie, liebe Christdemokraten, haben das nicht begriffen. Wir können nur gemeinsam bestehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herbert Wehner hat einst gesagt: „Politik ist das Ordnen der Angelegenheiten, die alle angehen. Dafür bedarf es des Durchstehvermögens, heißer Herzen und Kühlem, wägendem Verstand.“

Wir haben mit dem Entwurf der Landesregierung und unseren Anträgen zum Haushalt gezeigt, dass wir all das haben. Wir sind standhaft, wir haben ein Herz in der Sache und wir sind pragmatisch genug, um zu guten Lösungen zu kommen.

Genau so kann Niedersachsen Zukunft.

Herzlichen Dank.